

Stand: 24.03.2014

Wahlanweisung für die Europawahl 2014

Briefwahlvorstand - WA 2 -

INHALTSÜBERSICHT

1.	Allgemeines zum Briefwahlvorstand	2
1.1	Aufgabe, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit des Briefwahlvorstands	2
1.1.1	Aufgabe	2
1.1.2	Anwesenheit	2
1.1.3	Beschlussfähigkeit.....	2
1.1.4	Sonstiges.....	2
1.2	Ausstattung des Briefwahlvorstands und des Auszählungsraums.....	2
1.3	Öffentlichkeit der Ergebnisermittlung und -feststellung (§ 4 EuWG i.V.m. §§ 31, 32 BWG, §§ 47, 48 EuWO)...	3
2.	Zulassung der Wahlbriefe	3
2.1	Beginn der Tätigkeit des Briefwahlvorstands.....	3
2.2	Zählen und Öffnen der Wahlbriefe (§ 68 EuWO).....	3
2.2.1	Allgemeines	3
2.2.2	Feststellung der Gesamtzahl der Wahlbriefe, Verzeichnis der ungültigen Wahlbriefe.....	4
2.2.3	Behandlung der Wahlbriefe	4
2.2.4	Zurückweisung von Wahlbriefen (2.6 der Wahlniederschrift)	4
2.2.5	Vermerk in der Wahlniederschrift	6
2.2.6	Behandlung der Wahlbriefe, über die Beschluss gefasst wurde.....	6
2.3	Besonderheiten für das Zählen und Öffnen der Wahlbriefe mehrerer Gemeinden (innerhalb einer Verwaltungsgemeinschaft)	6
3.	Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses	7
3.1	Allgemeines	7
3.2	Entleeren der Wahlurne, Zählen der Wähler (§ 68 Abs. 3, § 61 EuWO)	7
3.3	Öffnen der Stimmzettelumschläge und Zählen der Stimmen (§ 68 Abs. 3 Satz 2, § 62 EuWO)	7
3.3.1	Stapelbildung (§ 62 Abs. 1 EuWO).....	7
3.3.2	Zwischensumme I (§ 62 Abs. 2 bis 4 EuWO; Nr. 3.4.2 der Wahlniederschrift).....	8
3.3.3	Zwischensumme II; Beschlussfassung des Wahlvorstands über die Gültigkeit von Stimmen und Stimmzettelumschlägen (§ 62 Abs. 5 EuWO, 3.4.4 der Wahlniederschrift).....	9
3.3.4	Abschluss der Zählung (§ 62 Abs. 6 und 7 EuWO, 3.4.5 und 3.5 der Wahlniederschrift).....	10
3.4	Feststellung und Bekanntgabe des Briefwahlergebnisses (§§ 60, 63 EuWO).....	10
3.5	Schnellmeldung (§ 64 EuWO)	10
3.6	Wahlniederschrift (§ 68 Abs. 5 EuWO).....	10
3.7	Übergabe der Wahlunterlagen (§§ 66, 68 Abs. 7 EuWO).....	11

Hinweis:

Bei den Begriffen „Briefwahlvorsteher“, „Beisitzer“, „Schriftführer“, „Stellvertreter“, „Kreiswahlleiter“, „Stadtwahlleiter“ handelt es sich um Funktionsbezeichnungen im Sinne einer Legaldefinition für die weiblichen und männlichen Mitglieder von Wahlorganen nach dem EuWG und der EuWO. Der Begriff „Wähler“ umfasst ebenfalls entsprechend EuWG und EuWO weibliche und männliche Personen.

1. Allgemeines zum Briefwahlvorstand

1.1 Aufgabe, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit des Briefwahlvorstands

1.1.1 Aufgabe

Der Briefwahlvorstand sorgt in unparteiischer Weise für die ordnungsgemäße Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses. Der Briefwahlvorsteher - in seiner Abwesenheit sein Stellvertreter - leitet die Tätigkeit des Briefwahlvorstands.

1.1.2 Anwesenheit

Bei der Zulassung oder Zurückweisung der Wahlbriefe (siehe Nr. 2) **müssen immer der Briefwahlvorsteher und der Schriftführer** oder ihre Stellvertreter sowie **mindestens ein Beisitzer** (also **mindestens drei Mitglieder** des Briefwahlvorstands) **anwesend sein**. Bei der Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses (siehe Nr. 3) **sollen alle Mitglieder** des Briefwahlvorstands anwesend sein (§ 6 Abs. 8 EuWO).

1.1.3 Beschlussfähigkeit

Der Briefwahlvorstand ist gem. § 7 Nr. 6 EuWO **beschlussfähig**, wenn der **Briefwahlvorsteher** und der **Schriftführer** oder ihre Stellvertreter **sowie**

- a) bei der Zulassung oder Zurückweisung der Wahlbriefe **mindestens ein Beisitzer** (insgesamt also mindestens **drei Mitglieder** des Briefwahlvorstands),
- b) bei der Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses **mindestens drei Beisitzer** (insgesamt also mindestens **fünf Mitglieder** des Briefwahlvorstands)

anwesend sind.

Ist der Briefwahlvorstand wegen **fehlender Beisitzer** nicht beschlussfähig, muss der Briefwahlvorsteher sie durch anwesende oder herbeigerufene Wahlberechtigte ersetzen oder Ersatz durch die Gemeinde anfordern. Die Ersatzmitglieder sind vom Briefwahlvorsteher auf ihre Verpflichtung zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten hinzuweisen (§ 4 EuWG i.V.m. § 10 Abs. 2 BWG, § 6 Abs. 9, § 7 EuWO).

Der Briefwahlvorstand verhandelt, berät und entscheidet in **öffentlicher Sitzung** (siehe Nr. 1.3.). Bei den Abstimmungen entscheidet **Stimmenmehrheit**; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Briefwahlvorstehers den Ausschlag (§ 4 EuWG i.V.m. § 10 Abs. 1 BWG).

1.1.4 Sonstiges

Benötigt der Briefwahlvorstand **weitere Hilfskräfte** oder **Hilfsmittel**, sind sie von der Gemeinde anzufordern (§ 6 Abs. 10 EuWO). Hilfskräfte können z.B. zum Sortieren und Zählen der Stimmen eingesetzt werden; bei der Beschlussfassung des Briefwahlvorstands dürfen sie jedoch nicht mitwirken.

Auftretende **Zweifelsfragen** hat der Briefwahlvorsteher mit der Gemeinde zu klären.

1.2 Ausstattung des Briefwahlvorstands und des Auszählungsraums

Die Gemeinde übergibt dem Briefwahlvorsteher vor Beginn der Auszählung gegen Empfangsbestätigung auf **Vordruck G 9a** die darauf aufgeführten **Unterlagen und Gegenstände** (vgl. § 67 Abs. 4, § 42 EuWO).

Zur **Ausstattung** des Auszählungsraums gehören:

- a) Ein **Wahltisch** (§ 45 EuWO).
- b) Die **Wahlurne(n)** (§§ 45 EuWO). Auf die Ausführungen unter Nr. 2.3 wird besonders verwiesen, wenn durch einen Briefwahlvorstand die Briefwahlergebnisse mehrerer Gemeinden getrennt mit eigenen Wahlniederschriften ermittelt und festgestellt werden sollen.

- c) An der Eingangstür ist ein **Schild** zur Kennzeichnung des Auszählungsraums anzubringen. Befindet sich der Auszählungsraum nicht in unmittelbarer Nähe des Gebäudeeingangs, ist durch entsprechende **Hinweisschilder** mit Pfeilen der Weg zum Auszählungsraum zu kennzeichnen.

1.3 Öffentlichkeit der Ergebnisermittlung und -feststellung (§ 4 EuWG i.V.m. §§ 31, 32 BWG, §§ 47, 48 EuWO)

Die gesamte Tätigkeit des Briefwahlvorstands ist **öffentlich**. Während der Zulassung oder Zurückweisung der Wahlbriefe und während der Ermittlung und Feststellung des Wahlergebnisses hat jedermann Zutritt zum Auszählungsraum, soweit das ohne Störung des Wahlgeschäfts möglich ist.

Der Briefwahlvorstand sorgt für **Ruhe und Ordnung** im Auszählungsraum und in den unmittelbar damit zusammenhängenden Räumlichkeiten. Er ist befugt, Personen, die die Ruhe und Ordnung stören, aus dem Auszählungsraum zu verweisen; im Bedarfsfall kann er **polizeiliche Unterstützung** anfordern.

2. Zulassung der Wahlbriefe

2.1 Beginn der Tätigkeit des Briefwahlvorstands

Erscheinen bis zu dem festgesetzten Zeitpunkt nicht alle Mitglieder des Briefwahlvorstands, hat sich der Briefwahlvorsteher bzw. stellvertretende Briefwahlvorsteher an die Gemeinde zu wenden (zur ggf. erforderlichen Bestellung von Ersatzmitgliedern siehe auch Nr. 1.1.3).

Der Briefwahlvorsteher stellt die erschienenen Mitglieder des Briefwahlvorstands nach seiner tatsächlichen Zusammensetzung in der Wahlniederschrift namentlich fest. Er stellt aus den Beisitzern den **Schriftführer** und dessen Stellvertreter, wenn diese nicht bereits von der Gemeinde bestellt worden sind (§ 6 Abs. 4 EuWO).

Der Briefwahlvorsteher beginnt seine Tätigkeit damit, dass er die anwesenden Beisitzer auf ihre **Verpflichtung zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amts** und zur **Verschwiegenheit** über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten **hinweist**. Er stellt sicher, dass der Hinweis allen Beisitzern vor Aufnahme der Tätigkeit erteilt wird (§ 46 Abs. 1, §§ 7, 6 Abs. 9 Satz 3, Abs. 3 EuWO). Die Mitglieder des Briefwahlvorstands dürfen während ihrer Tätigkeit kein auf eine politische Überzeugung hinweisendes Zeichen sichtbar tragen (§ 6 Abs. 3 Satz 2 EuWO).

Der Briefwahlvorstand überzeugt sich davon, dass die **Wahlurne leer** ist. Der Briefwahlvorsteher verschließt oder versiegelt die Wahlurne. Sie darf erst zur Stimmenausrwertung wieder geöffnet werden (§ 46 Abs. 3 EuWO).

2.2 Zählen und Öffnen der Wahlbriefe (§ 68 EuWO)

2.2.1 Allgemeines

Der Wahlbrief ist der vom Briefwähler an die Gemeinde zurückgesandte **amtliche rote Wahlbriefumschlag**; er enthält im Regelfall

- den **Wahlschein**, ausgestellt von der Gemeinde bzw. Verwaltungsgemeinschaft für den mit Namen, Geburtsdatum und Anschrift bezeichneten Wähler, im unteren Teil mit der vom Wähler oder einer Hilfsperson unterschriebenen **Versicherung an Eidesstatt**, und
- den verschlossenen **blauen Stimmzettelumschlag**, in dem sich der Stimmzettel befindet.

Mit dem Zählen und Öffnen der Wahlbriefe muss **rechtzeitig vor 18.00 Uhr** (ca. ab 15.00 Uhr, je nach Anzahl der auszuwertenden Wahlbriefe) angefangen werden, damit das Auszählen der Stimmen unmittelbar nach Verarbeitung der von der Gemeinde ggf. nachträglich überbrachten Wahlbriefe (vgl. 2.5 der Wahlniederschrift) beginnen kann.

Der Briefwahlvorstand darf Wahlbriefe nur vom Beauftragten der **Gemeinde**, keinesfalls von den Briefwählern selbst oder anderen Personen annehmen. Diese sind ggf. darauf hinzuweisen, dass sie ihren Wahlbrief nur bei der Gemeinde (Adresse auf dem Wahlbrief) abgeben können.

2.2.2 Feststellung der Gesamtzahl der Wahlbriefe, Verzeichnis der ungültigen Wahlbriefe

Der Briefwahlvorstand stellt zunächst die **Gesamtzahl** der zur Auswertung vorliegenden verschlossenen Wahlbriefe fest und überträgt diese Zahl in **2.3 der Wahlniederschrift**.

Ist dem Briefwahlvorstand ein **Verzeichnis über für ungültig erklärte Wahlscheine** übergeben worden, vermerkt er dies unter 2.3 der Wahlniederschrift. Der Briefwahlvorstand **sondert** die betroffenen Wahlbriefe zunächst **aus**; er öffnet diese Wahlbriefe erst nach Behandlung der übrigen Wahlbriefe und beschließt dann gemäß § 4 EuWG i.V.m. § 39 Abs. 4 BWG über deren Zurückweisung oder Zulassung (siehe Nr. 2.2.4 Buchst. a).

Sind dem Briefwahlvorstand **Wahlbriefe** zugeteilt worden, **auf denen die Gemeinde (Ausgabestelle) nicht vermerkt** ist, ist der Wahlbrief zu öffnen und anhand des Wahlscheins festzustellen, welche Gemeinde den Wahlbrief ausgegeben hat. Ist der Briefwahlvorstand für die Auswertung des Wahlbriefs nicht selbst zuständig, vermerkt er die Ausgabestelle auf dem Wahlbrief, verschließt ihn und verständigt seine Gemeinde, die ggf. die Zuleitung an die ausgebende Gemeinde bzw. den zuständigen Briefwahlvorstand veranlasst. Die Abgabe solcher Wahlbriefe ist in der Wahlniederschrift unter 2.3 bzw. 2.5 zu vermerken; die Zahlen sind entsprechend zu berichtigen.

2.2.3 Behandlung der Wahlbriefe

Nach Feststellung der Gesamtzahl der Wahlbriefe werden von einem vom Briefwahlvorsteher bestimmten Beisitzer die Wahlbriefe **einzelnd und nacheinander** geöffnet und der Wahlschein und der Stimmzettelumschlag entnommen (§ 68 Abs. 1 EuWO).

Der Briefwahlvorsteher prüft, ob der Wahlschein oder der Stimmzettelumschlag zu **Bedenken** Anlass gibt.

Wenn **weder der Wahlschein noch der Stimmzettelumschlag zu Bedenken Anlass** gibt, wird der Stimmzettelumschlag **ungeöffnet** in die Wahlurne gelegt. Der Schriftführer oder ein damit besonders beauftragter Beisitzer sammelt die Wahlscheine.

Werden gegen den Wahlschein oder den Stimmzettelumschlag Bedenken erhoben, werden diese Wahlbriefe unter Kontrolle des Briefwahlvorstehers **ausgesondert** und zu den (bereits ausgesonderten) Wahlbriefen gelegt, deren Wahlschein in einem Verzeichnis für ungültig erklärter Wahlscheine aufgeführt ist (siehe Nr. 2.2.2); der Briefwahlvorstand beschließt über die Zulassung oder Zurückweisung dieser ausgesonderten Wahlbriefe **später** (siehe Nr. 2.3.4).

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Wahlbriefe einzeln nacheinander zu öffnen sind, dass also der nächste Wahlbrief erst geöffnet werden darf, nachdem der Stimmzettelumschlag vom zuvor geöffneten Wahlbrief in die Wahlurne gelegt oder der Wahlbrief samt Inhalt ausgesondert wurde. Sonst besteht die Gefahr, dass bei auszusondernden Wahlbriefen nicht mehr festgestellt werden kann, zu welchem Wahlschein der Stimmzettelumschlag gehört.

2.2.4 Zurückweisung von Wahlbriefen (2.6 der Wahlniederschrift)

Der Wahlbrief **ist durch Beschluss** des Briefwahlvorstands aus folgenden Gründen **zurückzuweisen** (jeweils i.V.m. § 4 EuWG):

- a) **Dem roten Wahlbriefumschlag liegt kein oder kein** (für den Landkreis/die kreisfreie Stadt) gültiger **Wahlschein bei** (§ 39 Abs. 4 Nr. 2 BWG).

Das gilt auch dann, wenn anzunehmen ist, dass sich der Wahlschein im verschlossenen (blauen) Stimmzettelumschlag befindet oder ersichtlich ist, dass er im offenen Stimmzettelumschlag steckt. Der Inhalt des offenen Stimmzettelumschlags darf in diesen Fällen zur Wahrung des Wahlheimnisses nicht festgestellt werden.

Ein gültiger Wahlschein liegt insbesondere **nicht** vor, wenn der Wahlschein in einem **Verzeichnis für ungültig erklärter Wahlscheine** aufgeführt ist. Ist in diesem Verzeichnis der Vermerk „nur noch gültig für die Stimmabgabe mittels Briefwahl“ angebracht, muss der Wahlbrief ausgewertet werden; eine Zurückweisung ist nicht zulässig (siehe unten Nr. 2.2.4 „Hinweis“ nach Buchst. g).

Fehlt das Dienstsiegel (§ 27 Abs. 2 Satz 1 und 2 EuWO), ist der Wahlschein dann als gültig zu behandeln, wenn sich anhand der eigenhändigen Unterschrift des Sachbearbeiters **zweifelsfrei** die ordnungsgemäße Ausstellung des Wahlscheins nachweisen lässt. **Fehlt die eigenhändige Unterschrift des Sachbearbeiters**, ist der Wahlschein nur dann ungültig, wenn der Wahlschein **nicht** per EDV erstellt wur-

WA 2 EuW-14

de (§ 27 Abs. 2 Satz 3 EuWO). Der Briefwahlvorsteher wurde von der Gemeinde unterrichtet, in welcher Weise die Wahlscheine unterschrieben und gesiegelt wurden. In Zweifelsfällen ist bei der Gemeinde nachzufragen.

- b) **Der Wähler oder die Hilfsperson hat die vorgeschriebene Versicherung an Eides statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben** (§ 39 Abs. 4 Nr. 6 BWG).

Kein Zurückweisungsgrund liegt vor, wenn der Wähler lediglich offensichtlich in der (falschen) Spalte für die Hilfsperson unterschrieben und keine weiteren Angaben zur Hilfsperson gemacht hat.

Fehlt das Datum oder der Vorname bei der Unterschrift in der Versicherung an Eides statt, ist dies ebenso kein Grund für die Zurückweisung eines Wahlbriefs.

Ist die Versicherung an Eides statt jedoch nicht ordnungsgemäß ausgefüllt, weil z.B. die weiteren Angaben (Name, Anschrift) einer ggf. für den Wähler die Versicherung unterschreibenden Hilfsperson fehlen oder nicht lesbar sind, führt dies zur Zurückweisung des Wahlbriefs, weil keine Identifizierung der Hilfsperson möglich ist.

- c) **Dem roten Wahlbriefumschlag ist kein blauer Stimmzettelumschlag beigelegt** (§ 39 Abs. 4 Nr. 3 BWG).

Dem steht gleich, wenn sich im (roten) Wahlbriefumschlag (neben dem Wahlschein) der Stimmzettel offen (also ohne Stimmzettelumschlag). Liegt der Stimmzettel **außerhalb** des Stimmzettelumschlags, liegt ein Fall des § 39 Abs. 4 Satz 1 Nr. 7 BWG vor (siehe Buchst. f).

- d) **Sowohl der rote Wahlbriefumschlag als auch der blaue Stimmzettelumschlag sind unverschlossen** (§ 39 Abs. 4 Nr. 4 BWG).

Ist dagegen **nur** der Wahlbriefumschlag oder **nur** der Stimmzettelumschlag offen, so ist der Wahlbrief **zuzulassen**.

- e) **Der rote Wahlbriefumschlag enthält mehrere blaue Stimmzettelumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides statt versehener Wahlscheine** (§ 39 Abs. 4 Nr. 5 BWG).

Beispiele:

(1) In einem Wahlbrief befinden sich **mehrere** Stimmzettelumschläge, aber nur **ein** Wahlschein, oder **zwei** Wahlscheine, aber nur **ein** Stimmzettelumschlag: Der Wahlbrief ist **zurückzuweisen**.

(2) In einem Wahlbriefumschlag befinden sich **zwei** Wahlscheine (für verschiedene Personen) und **zwei** verschlossene Stimmzettelumschläge: Der Wahlbrief mit den verschlossenen Stimmzettelumschlägen ist **zuzulassen**. Ist einer der beiden Wahlscheine ungültig, ist der **gesamte** Wahlbrief (einschließlich des gültigen Wahlscheins) zurückzuweisen, weil die Stimmzettelumschläge nicht dem gültigen bzw. ungültigen Wahlschein zugeordnet werden können.

- f) **Es ist kein amtlicher blauer Stimmzettelumschlag oder überhaupt kein Stimmzettelumschlag benutzt worden** (§ 39 Abs. 4 Nr. 7 BWG).

Dem steht gleich, wenn der amtliche Stimmzettelumschlag **überhaupt nicht benutzt** wurde, der **Stimmzettel** also neben dem zugehörigen (amtlichen) Stimmzettelumschlag **offen** im (roten) Wahlbriefumschlag liegt oder wenn der **rote** Wahlbriefumschlag offensichtlich als (innerer) „Stimmzettelumschlag“ benutzt worden ist.

Auch ein **Stimmzettelumschlag für eine andere Wahl** (z.B. für eine gleichzeitige kommunale Abstimmung) ist kein amtlicher Stimmzettelumschlag für die Europawahl.

Dagegen ist die Verwendung eines **nicht amtlichen** (neutralen) **Briefumschlags** (oder eines Wahlbriefumschlags für eine andere Wahl) als **äußere Hülle** („Wahlbriefumschlag“) **kein Zurückweisungsgrund**, wenn der innere Stimmzettelumschlag nicht zu beanstanden ist.

- g) **Es ist ein blauer Stimmzettelumschlag benutzt worden, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält** (§ 39 Abs. 4 Nr. 8 BWG).

Sonstige formelle Mängel können nicht zur Zurückweisung eines Wahlbriefs durch den Briefwahlvorstand führen. Die Aufzählung der vorstehenden Zurückweisungsgründe ist insoweit **abschließend**.

Der Zurückweisungsgrund **„nicht rechtzeitiger Eingang des Wahlbriefs“** (§ 39 Abs. 4 Nr. 1 BWG) ist für den Briefwahlvorstand unbeachtlich, da der Wahlbrief zunächst bei

der auf dem Wahlbriefumschlag vermerkten Gemeinde eingehen muss; verspätet eingegangene Wahlbriefe leitet die Gemeinde dem Briefwahlvorstand also überhaupt nicht zu.

Hinweis:

Die Stimme eines Wählers wird nicht dadurch ungültig, dass er vor dem oder am Wahltag stirbt oder sein Wahlrecht nach § 6a EuWG verliert, nachdem er an der Briefwahl teilgenommen hat (§ 4 EuWG i.V.m. § 39 Abs. 5 BWG).

2.2.5 Vermerk in der Wahl Niederschrift

Die Zahlen der beanstandeten, der nach besonderer Beschlussfassung zugelassenen und der zurückgewiesenen Wahlbriefe sind in Nr. 2.6 der Wahl Niederschrift zu vermerken.

2.2.6 Behandlung der Wahlbriefe, über die Beschluss gefasst wurde

a) Durch Beschluss zurückgewiesene Wahlbriefe

Die **zurückgewiesenen** Wahlbriefe (roter Wahlbriefumschlag samt Inhalt, **einschl. Wahlschein**) sind

- mit einem **Vermerk** über den Zurückweisungsgrund zu versehen (zusätzlich sollte für den Beschluss auch das Abstimmungsergebnis angeführt werden),
- wieder zu **verschließen** und
- fortlaufend zu **nummerieren**.

Diese Wahlbriefe sind **auszusondern**, d.h. von einem Beisitzer in Verwahrung zu nehmen und später der Wahl Niederschrift beizufügen (§ 68 Abs. 2, 5 Satz 2 Nr. 2 EuWO).

Die Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wähler (B) gezählt, ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben (§ 4 EuWG i.V.m. § 39 Abs. 4 Satz 2 BWG, § 68 Abs. 2 Satz 5 EuWO). Es erfolgt **kein** Eintrag als „ungültige Stimmen“ (C) unter Abschnitt 4 der Wahl Niederschrift (2.6 der Wahl Niederschrift).

b) Durch Beschluss zugelassene Wahlbriefe

Die Stimmzettelumschläge der **beschlussmäßig zugelassenen** Wahlbriefe sind **un-geöffnet** in die **Wahlurne** zu legen. Die zu diesen Wahlbriefen gehörigen **Wahlscheine** werden für die Zählung der Wähler (siehe unten Nr. 3.2 Buchst. b) benötigt. Da die Wahlscheine später der Wahl Niederschrift beizufügen sind, müssen sie **gesondert** verwahrt werden (§ 68 Abs. 2, 5 Satz 2 Nr. 3 EuWO). Ein gesonderter Vermerk für den Beschluss ist nicht erforderlich.

2.3 Besonderheiten für das Zählen und Öffnen der Wahlbriefe mehrerer Gemeinden (innerhalb einer Verwaltungsgemeinschaft)

Ist vom Briefwahlvorstand das Briefwahlergebnis für mehrere Gemeinden **jeweils einzeln mit getrennten Wahl Niederschriften und Ergebnismeldungen** festzustellen, dürfen vor 18.00 Uhr die Wahlbriefe **aller Gemeinden** nur dann gezählt, geöffnet, geprüft und die Stimmzettelumschläge in die Wahlurne gelegt werden, wenn für jede Gemeinde **gesonderte und entsprechend gekennzeichnete Wahlurnen** zur Verfügung stehen. Diese Aufgaben sind für die Wahlbriefe jeder einzelnen Gemeinde **getrennt** wahrzunehmen, damit die Stimmzettelumschläge nicht verwechselt werden können. Erst nachdem die Stimmzettelumschläge der Wahlbriefe einer Gemeinde in die gekennzeichneten Wahlurne gelegt sind und diese durch einen Klebestreifen verschlossen worden ist, darf mit der Auswertung der Wahlbriefe der nächsten Gemeinde begonnen werden. Mit den von der Gemeinde nachträglich überbrachten Wahlbriefen ist entsprechend zu verfahren.

Steht nicht für jede Gemeinde eine eigene Wahlurne zur Verfügung, dürfen vor 18.00 Uhr nur die Wahlbriefe **einer** Gemeinde gezählt, geöffnet, geprüft und die Stimmzettelumschläge in die Wahlurne gelegt werden. Nach Schluss der Wahlzeit wird das Briefwahlergebnis dieser einen Gemeinde festgestellt. Anschließend dürfen erst die Wahlbriefe der anderen Gemeinde der Reihe nach ausgewertet werden.

3. Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses

3.1 Allgemeines

Nachdem die nicht beanstandeten Stimmzettelumschläge den Wahlbriefen entnommen und ungeöffnet in die Wahlurne gelegt worden sind, **jedoch nicht vor Schluss der allgemeinen Wahlzeit um 18.00 Uhr** und erst nach Verarbeiten der von der Gemeinde etwa noch nachträglich zugeteilten Wahlbriefe, stellt der Briefwahlvorstand fest, wie viele Stimmen auf die einzelnen Wahlvorschläge abgegeben worden sind (§ 68 Abs. 3 EuWO).

Ist das Briefwahlergebnis für mehrere Gemeinden jeweils einzeln mit **getrennten** Wahl-niederschriften festzustellen, darf dies nur gemeindeweise der Reihe nach geschehen. Erst wenn die Wahlniederschrift einer Gemeinde von allen Mitgliedern des Briefwahlvorstands unterschrieben ist, die Anlagen beigefügt sind und die Schnellmeldung für diese Gemeinde durchgegeben ist, darf mit der Ermittlung des Briefwahlergebnisses für die nächste Gemeinde begonnen werden.

Das Briefwahlergebnis ist **ohne Unterbrechung** festzustellen (§ 60 EuWO). Ist eine Unterbrechung wegen höherer Gewalt unvermeidlich, sind die Unterlagen mit den Wahlumschlägen und Stimmzetteln in Gegenwart des Briefwahlvorstands zu verpacken, zu versiegeln und bis zur Wiederaufnahme der Arbeiten unter sicherem Verschluss zu verwahren. Die Zeit der Fortsetzung ist bekannt zu geben.

Mit den Zählarbeiten zur Ermittlung des Ergebnisses einer ggf. gleichzeitig mit der Europawahl durchgeführten Wahl oder Abstimmung auf kommunaler Ebene (Bürgermeister- oder Landratswahl, Bürgerentscheid, Bürgerbefragung) darf erst nach vollständiger Feststellung des Ergebnisses der Europawahl begonnen werden.

3.2 Entleeren der Wahlurne, Zählen der Wähler (§ 68 Abs. 3, § 61 EuWO)

Der Briefwahlvorsteher öffnet die Wahlurne und entnimmt daraus die Stimmzettelumschläge. Er überzeugt sich, dass die Wahlurne leer ist.

Anschließend teilt sich der Briefwahlvorstand zur schnelleren Ermittlung der Zahl der Wähler in die **zwei Arbeitsgruppen A und B**; diese zählen **gleichzeitig**:

- a) **Arbeitsgruppe A:** alle **Stimmzettelumschläge** (=Wähler) durch die **Beisitzer**, und zwar **ohne sie zu öffnen**.

Die Zahl ist vom **Schritfführer** unter 3.2 Buchst. a und 4 unter **Kennbuchstabe B** der Wahlniederschrift einzutragen;

- b) **Arbeitsgruppe B:** die eingesammelten **Wahlscheine** der **zugelassenen** Wahlbriefe (siehe Nr. 2.2.3 dritter Absatz bzw. Nr. 2.2.6 Buchst. b) durch den **Briefwahlvorsteher** und den **Schritfführer**.

Hat der Briefwahlvorstand das Briefwahlergebnis für mehrere Gemeinden mit **einer** Wahlniederschrift zu ermitteln und festzustellen, sind die eingenommenen Wahlscheine für jede einzelne Gemeinde getrennt und insgesamt zu zählen.

Diese Zahlen sind vom **Schritfführer** unter 3.2 Buchst. b der Wahlniederschrift einzutragen.

Kontrolle: Die Zahl der abgegebenen Stimmzettelumschläge (Buchst. a) muss mit der Zahl der Wahlscheine (Buchst. b) übereinstimmen. Eine auch nach wiederholter Zählung sich ergebende **Abweichung** dieser Zahlen ist in der Wahlniederschrift bei 3.2 Buchst. b zu **vermerken** und, soweit möglich, zu erläutern.

3.3 Öffnen der Stimmzettelumschläge und Zählen der Stimmen (§ 68 Abs. 3 Satz 2, § 62 EuWO)

3.3.1 Stapelbildung (§ 62 Abs. 1 EuWO)

Erst nach dem Zählen der Wähler (siehe Nr. 3.2) öffnen **mehrere** vom Briefwahlvorsteher bestimmte **Beisitzer** unter seiner Aufsicht die Stimmzettelumschläge, nehmen die Stimmzettel heraus (siehe aber letzten Absatz unter Nr. 3.3.1) und bilden daraus die folgenden Stapel, die sie unter Aufsicht behalten:

WA 2 EuW-14

- a) **je** einen eigenen Stapel für **jeden Wahlvorschlag** mit den Stimmzetteln, auf denen die Stimmen **zweifelsfrei gültig** abgegeben worden sind
(siehe Nr. 3.3.2 Buchst. a; Zwischensumme I);
- b) einen Stapel mit **leeren Stimmzettelumschlägen** und (eindeutig) **ungekennzeichneten Stimmzetteln**. Stimmzettel, die keine Kennzeichnung enthalten, sind gem. § 4 EuWG i.V.m. § 39 Abs. 1 Nr. 2 BWG **ungültig**. Ist der Stimmzettelumschlag leer abgegeben worden, so ist die Stimme gem. § 4 EuWG i.V.m. § 39 Abs. 3 BWG ebenfalls als ungültig zu werten
(siehe Nr. 3.3.2 Buchst. b; Zwischensumme I);
- c) einen Stapel mit Stimmzettelumschlägen, die **mehrere Stimmzettel** enthalten.
(siehe Nr. 3.3.3 Buchst. a; Zwischensumme II);
- d) einen Stapel mit Stimmzettelumschlägen und Stimmzetteln, die **Anlass zu Bedenken** geben und über die später vom Wahlvorstand **Beschluss** zu fassen ist
(siehe Nr. 3.3.3 Buchst. b; Zwischensumme II).

Zu den Stimmzetteln, die Anlass zu Bedenken geben, zählen **auch** diejenigen, die aus der Sicht des Wahlvorstands „**eindeutig**“ ungültig sind (mit Ausnahme der ungekennzeichneten Stimmzettel). Eine Einordnung eines Stimmzettels als ungültig ist ausschließlich nach erfolgter Behandlung und Beschlussfassung durch den Wahlvorstand (siehe Nr. 3.3.3) möglich.

Die beiden **Stapel** zu Buchst. **c** und **d** werden jeder für sich **ausgesondert** und von einem vom Briefwahlvorsteher hierfür bestimmten Beisitzer in Verwahrung genommen. Die Beisitzer sind besonders darauf aufmerksam zu machen, dass bei bedenklichen Stimmzettelumschlägen oder bei Stimmzettelumschlägen mit mehreren Stimmzetteln die Stimmzettel bis zur Beschlussfassung durch den Briefwahlvorstand über die Gültigkeit **nicht** aus dem Umschlag entnommen werden dürfen.

3.3.2 Zwischensumme I (§ 62 Abs. 2 bis 4 EuWO; Nr. 3.4.2 der Wahlniederschrift)

a) Prüfung der Stimmzettel mit gültigen Stimmen

Die Beisitzer, die die nach Nr. 3.3.1 **Buchst. a** geordneten Stimmzettel unter ihrer Aufsicht haben, übergeben die einzelnen Stapel in der Reihenfolge der Wahlvorschläge **nacheinander** zu einem Teil dem **Briefwahlvorsteher**, zum anderen Teil seinem **Stellvertreter**. Diese prüfen, ob auf den Stimmzetteln eines jeden Stapels die gleichen Wahlvorschläge gekennzeichnet sind, und sagen zu jedem Stapel gesondert laut an, für welchen Wahlvorschlag die Stimmen abgegeben worden sind. Gibt ein Stimmzettel dem Briefwahlvorsteher oder seinem Stellvertreter Anlass zu Bedenken, so fügen sie den Stimmzettel dem ausgesonderten Stapel (siehe Nr. 3.3.1 **Buchst. d**) bei.

b) Prüfung der ungekennzeichneten Stimmzettel und der leeren Stimmzettelumschläge

Anschließend übergibt der hierfür bestimmte Beisitzer dem **Briefwahlvorsteher** den Stapel mit den ungekennzeichneten Stimmzetteln und den leeren Stimmzettelumschlägen (siehe Nr. 3.3.1 **Buchst. b**). Der Briefwahlvorsteher prüft jeden Stimmzettel darauf hin, ob er ungekennzeichnet ist, und jeden Stimmzettelumschlag, ob er leer ist. Er sagt dann jeweils an, dass die Stimme ungültig ist. Über diese Stimmen ist jeweils **kein Beschluss** des Briefwahlvorstands herbeizuführen.

c) Zählung

Danach zählen jeweils zwei vom Briefwahlvorsteher bestimmte Beisitzer **nacheinander** je einen der zu Buchst. a und b gebildeten Stapel unter **gegenseitiger Kontrolle** durch und ermitteln so die Zahl der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen sowie die Zahl der ungültigen (weil nicht gekennzeichneten) Stimmen. Die so ermittelten Zahlen werden vom Schriftführer als **Zwischensumme I (ZS I)** unter Abschnitt 4 in die Wahlniederschrift eingetragen (**Kennbuchstabe D 1, D 2, D 3** usw. für die gültigen, **Kennbuchstabe C** für die ungültigen Stimmen).

Stimmen die **Zählungen** der beiden Beisitzer für die einzelnen Stapel **nicht überein**, haben sie den betreffenden Zählvorgang erneut nacheinander bis zur Übereinstimmung zu **wiederholen** (vgl. Nr. 3.4.3 der Wahlniederschrift).

d) **Hinweis**

Auf den Stimmzetteln und Stimmzettelumschlägen dürfen weder Bemerkungen noch Hinweise für die Auswertung angebracht werden (Ausnahme siehe Nr. 3.3.3).

3.3.3 Zwischensumme II; Beschlussfassung des Wahlvorstands über die Gültigkeit von Stimmen und Stimmzettelumschlägen (§ 62 Abs. 5 EuWO, 3.4.4 der Wahlniederschrift)

Sind alle nicht beanstandeten Stimmzettel, leeren Stimmzettelumschläge und ungekennzeichneten Stimmzettel verlesen und gezählt, entscheidet der **gesamte** Briefwahlvorstand über die Gültigkeit der Stimmzettel aus den **ausgesonderten Stapeln**:

a) Stimmzettelumschläge, die **mehrere Stimmzettel** enthalten (siehe Nr. 3.3.1 Buchst. c)

Mehrere in einem Stimmzettelumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit einer ungültigen Stimme. Die Stimmzettel eines Stimmzettelumschlags sind jeweils zusammenzuheften.

b) Stimmzettelumschläge und Stimmzettel, die **Anlass zu Bedenken** geben (siehe Nr. 3.3.1 Buchst. d)

Ungültig sind nach § 4 EuWG i.V.m. § 39 BWG Stimmen, wenn der Stimmzettel

- **nicht amtlich** hergestellt ist (z.B. auch Stimmzettel, die für eine andere Wahl bestimmt sind),
- für ein **anderes Land** gültig ist,
- den **Willen** des Wählers nicht **zweifelsfrei** erkennen lässt,
die Kennzeichnung kann statt eines Kreuzes oder zusätzlich zu einem Kreuz auch auf andere eindeutige Weise (z.B. durch Unterstreichen, Einkreisen, Pfeil) erfolgen,
- einen **Zusatz** oder **Vorbehalt** enthält,
- **nicht** in einem **amtlichen Stimmzettelumschlag** oder in einem Stimmzettelumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das **Wahlgeheimnis gefährdenden Weise** von den übrigen **abweicht** oder einen deutlich fühlbaren **Gegenstand** enthält, jedoch eine Zurückweisung des Wahlbriefs insgesamt entgegen § 4 EuWG i.V.m. § 39 Abs. 4 Nr. 7 oder 8 BWG nicht erfolgt ist (siehe Nr. 2.2.4 Buchst. f und g).

Auch Stimmzettel, die eindeutig **keine Kennzeichnung** enthalten, sind ungültig, gehören aber in den Stapel zu den ungekennzeichneten Stimmzetteln, die keinen Anlass zu Bedenken gaben und über die deshalb kein Beschluss zu fassen ist (siehe Nr. 3.3.1 Buchst. b).

Der Briefwahlvorstand muss **über jeden Stimmzettel** bzw. jede Stimmabgabe **oder jeden Stimmzettelumschlag**, die Anlass zu Bedenken gaben, **einzelnen Beschluss fassen**. Dazu zeigt der Briefwahlvorsteher jeden Stimmzettel bzw. Stimmzettelumschlag gesondert den übrigen Mitgliedern des Briefwahlvorstands und führt einen **Mehrheitsbeschluss** über die Gültigkeit oder Ungültigkeit jedes **einzelnen** dieser Stimmzettel bzw. Stimmabgaben oder Stimmzettelumschläge herbei. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Briefwahlvorstehers (§ 4 EuWG i.V.m. § 10 Abs. 1 Satz 2 BWG). Der Briefwahlvorsteher gibt die Entscheidung mündlich bekannt und sagt jeweils bei gültigen Stimmen an, für welchen Wahlvorschlag die Stimme abgegeben worden ist. Er vermerkt auf der Rückseite jedes Stimmzettels, ob die Stimme für gültig oder ungültig erklärt worden ist und **versieht die Stimmzettel bzw. Stimmzettelumschläge mit fortlaufenden Nummern**. Der Grund für die Gültigkeit oder Ungültigkeit bzw. das Abstimmungsergebnis muss nicht, sollte aber zur besseren Nachvollziehbarkeit der Entscheidung vermerkt werden. Sonstige Bemerkungen und Hinweise für die Auswertung dürfen auf den Stimmzetteln oder Stimmzettelumschlägen nicht angebracht werden. Das Anbringen von **Beschlussaufklebern** auf der Rückseite der Stimmzettel bzw. Stimmzettelumschläge ist zulässig.

Die so ermittelten gültigen und ungültigen Stimmen werden vom Schriftführer als **Zwischensumme II (ZS II)** in Abschnitt 4 der Wahlniederschrift bei dem jeweiligen Kennbuchstaben eingetragen.

3.3.4 Abschluss der Zählung (§ 62 Abs. 6 und 7 EuWO, 3.4.5 und 3.5 der Wahlniederschrift)

Abschließend zählt der Schriftführer in Abschnitt 4 der Wahlniederschrift die Zwischensummen **ZS I** und **ZS II** in jeder Zeile **zusammen** und errechnet damit die **ungültigen** Stimmen insgesamt sowie ferner die **gültigen** Stimmen für die einzelnen Wahlvorschläge und insgesamt. Zwei vom Briefwahlvorsteher bestimmte Beisitzer **überprüfen** diese Zusammenzählung.

Beantragt ein Mitglied des Briefwahlvorstands vor der Unterzeichnung der Wahlniederschrift eine erneute Zählung der Stimmen, ist diese nach vorstehenden Ausführungen zu wiederholen. Die Gründe für die erneute Zählung sind unter 5.2 der Wahlniederschrift zu vermerken.

Die vom Briefwahlvorsteher bestimmten Beisitzer sammeln

- a) die Stimmzettel, getrennt nach Wahlvorschlägen, denen die Stimme zugefallen waren (ohne die Stimmzettel nach Buchst. c),
- b) die **leer** abgegebenen Stimmzettelumschläge und die **ungekennzeichneten** Stimmzettel,
- c) die **Stimmzettelumschläge**, die **Anlass zu Bedenken** gegeben hatten, mit den zugehörigen Stimmzetteln, die **Stimmzettel**, die **Anlass zu Bedenken** gegeben hatten und die **Stimmzettelumschläge** mit **mehreren** Stimmzetteln

je für sich und behalten sie unter ihrer Aufsicht.

Die in **Buchst. c** bezeichneten Stimmzettelumschläge und Stimmzettel sind als Anlagen unter fortlaufenden Nummern der **Wahlniederschrift beizufügen** (siehe Nr. 3.6 Buchst. a).

3.4 Feststellung und Bekanntgabe des Briefwahlergebnisses (§§ 60, 63 EuWO)

Unmittelbar nach Beendigung des Zählgeschäfts und der Beschlussfassung des Briefwahlvorstands über die Gültigkeit von Stimmzettelumschlägen und Stimmzetteln stellt der Briefwahlvorstand das in **Abschnitt 4** der Wahlniederschrift enthaltene Wahlergebnis fest; der Briefwahlvorsteher gibt es unmittelbar im Anschluss daran **mündlich bekannt**, auch wenn außer dem Briefwahlvorstand keine Personen im Auszählungsraum anwesend sind. Die Mitglieder des Briefwahlvorstands dürfen das Ergebnis vor Unterzeichnung der Wahlniederschrift (siehe unten Nr. 3.6) anderen als den in § 64 EuWO genannten Stellen nicht mitteilen.

3.5 Schnellmeldung (§ 64 EuWO)

Sobald das Briefwahlergebnis vom Briefwahlvorstand festgestellt ist, überträgt der Schriftführer die Zahlen aus Abschnitt 4 (Kennbuchst. B bis D1 usw.) der Wahlniederschrift in den **Vordruck V 3/BV** (Schnellmeldung).

Der Briefwahlvorsteher meldet das Ergebnis **auf schnellstem Weg** (i.d.R. Telefon, Fax, E-Mail) an die vereinbarte Stelle weiter. Die **Reihenfolge** der Angaben im **Vordruck V 3/BV** ist bei der Durchgabe **genau einzuhalten**. Stehen Telefon, Fax oder E-Mail nicht zur Verfügung oder kommt eine solche Verbindung nicht zustande, ist die Schnellmeldung durch Boten weiterzugeben. Die Gemeinde bzw. der Stadtwahlleiter hat dem Briefwahlvorsteher rechtzeitig mitzuteilen, wohin und auf welchem Weg er die Schnellmeldung (wie auch die Wahlunterlagen nach Feststellung des endgültigen Ergebnisses) abzugeben hat.

3.6 Wahlniederschrift (§ 68 Abs. 5 EuWO)

Über die Zulassung der Wahlbriefe sowie die Ermittlung und Feststellung des Briefwahlergebnisses ist vom Schriftführer eine Wahlniederschrift (**Vordruck V 1a**) zu erstellen. **Es ist besonders darauf zu achten, dass die Wahlniederschrift von allen Mitgliedern des Briefwahlvorstands unterschrieben ist.** Mit ihrer Unterschrift genehmigen die Mitglieder des Briefwahlvorstands die Wahlniederschrift. Verweigert ein Mitglied des Briefwahlvorstands die Unterschrift, ist der Grund hierfür in der Wahlniederschrift zu vermerken.

Der Niederschrift sind als **Anlagen** beizufügen:

WA 2 EuW-14

- a) die **Stimmzettel** und **Stimmzettelumschläge**, über deren Gültigkeit der Briefwahlvorstand nach § 68 Abs. 3 Satz 2, § 62 Abs. 5 EuWO besonders **beschlossen** hat (siehe Nr. 3.3.3),
- b) die **Wahlbriefe**, die der Briefwahlvorstand **zurückgewiesen** hat (siehe Nr. 2.2.6 Buchst. a),
- c) die **Wahlscheine**, über die der Briefwahlvorstand besonders **beschlossen** hat, ohne dass die Wahlbriefe zurückgewiesen wurden (siehe Nr. 2.2.6 Buchst. b),
- d) etwaige **Niederschriften** über besondere Vorkommnisse (vgl. 5.1 der Wahl Niederschrift).

Die Wahl Niederschrift mit den Anlagen ist mit dem **Versandvordruck V 8a** zu bündeln bzw. in die entsprechende **Versandtasche T 8a** zu legen. Der genaue Inhalt ist auf ihm bzw. der Tasche zu vermerken und vom Briefwahlvorsteher durch Unterschrift zu bestätigen. Sodann sind diese Unterlagen der vereinbarten Stelle in der Gemeinde bzw. beim Stadtwahlleiter auf **schnellstem Weg** zu übermitteln. **Vor der Entgegennahme der Wahl Niederschrift durch die Gemeinde bzw. den Stadtwahlleiter darf sich der Briefwahlvorstand nicht auflösen**, damit etwa erforderliche Ergänzungen sofort nachgeholt werden können. Die Übernahme ist vom Beauftragten der Gemeinde bzw. des Stadtwahlleiters in der Wahl Niederschrift zu bestätigen.

Der Briefwahlvorsteher hat sicherzustellen, dass die Wahl Niederschrift und die Anlagen hierzu Unbefugten nicht zugänglich sind.

3.7 Übergabe der Wahlunterlagen (§§ 66, 68 Abs. 7 EuWO)

Hat der Briefwahlvorstand seine Aufgaben erledigt, so verpackt und übergibt der Briefwahlvorsteher die Briefwahlunterlagen (soweit diese nicht der Wahl Niederschrift beigelegt sind) entsprechend 5.8 und 5.9 der Wahl Niederschrift.

Diese Wahlunterlagen können auch am Tag nach der Wahl übergeben werden.